

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 19421.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. März. (W. L.) Ueber die Dauer des Aufenthalts des Kaisers in Hubertusstock ist nichts Näheres festgesetzt.

Berlin, 19. März. (Privatelegramm.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus München gemeldet: Gegenüber einer pfälzischen Tabakdeputation hat sich der Finanzminister sehr entschieden für eine Tabak-Zollerhöhung ausgesprochen und erklärt, er habe bereits vor einiger Zeit mit dem Schatzsekretär v. Maltzahn darüber verhandelt.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Frhr. Norddeck zur Rabenau ist in Cießen gestorben.

Der „Doss. Ztg.“ wird aus Warschau gemeldet: Bei Domrowsko in Congresspolen ließ der Grenzwachcommandant nach einem Luftballon schiessen, worin er preußische Offiziere vermutete. Die Schüsse blieben erfolglos.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. März.

Die Krise im Ministerium.

Die staunenswerthe Verblendung, mit der die conservativ-clericale Mehrheit der Commission des Abgeordnetenhauses für das Volksschulgesetz nun schon seit Wochen an der Vorlage arbeitet, ohne den immer lauter werdenden Protesten der öffentlichen Meinung gegen den Geist, wie gegen den formellen Inhalt derselben auch nur in einem Punkte Rechnung zu tragen, hat früher, als bisher erwartet werden konnte, zu einer Krise geführt. Dass das jetzige Abgeordnetenhaus und die clerical-conservative Majorität mit ihm im Herbst 1888 unter politischen Verhältnissen gewählt worden ist, die längst nicht mehr bestehen, ist zur Genüge bekannt. Es ist auch verständlich, dass diese Mehrheit, die das Bewusstsein hat, eine Augenblicksmehrheit zu sein, von der Gier ergriffen ist, die Gunst des Augenblicks auszunutzen, um das von dem Grafen Jellitz wenige Monate nach seinem Eintritt in das Cultusministerium nach dem Dictat der Fuldaer Konferenz umgearbeitete Volksschulgesetz des Ministers v. Goshler unter Dach zu bringen. Der Gewinn wäre ja ein doppelter. Nicht nur hätten die Ultramontanen und die Hochkirchler den Staat auf dem Gebiet der Volkschule außer Besitz seiner Hoheitsrechte und ihre Herrschaft an die Stelle derselben gesetzt — der schroffe Widerspruch, in den die Regierung, die einem solchen Gesetz zur Annahme verpflichtet, mit allen übrigen, conservativen und liberalen Parteien gerathen würde, hätte auch der siegreichen Mehrheit eine Bürgschaft dafür geboten, dass die Regierung auch fernerhin eine Unterstüzung nur von ihrer Seite zu erwarten hätte. Denn die Möglichkeit, dass die Parteien, die in dem gegenwärtigen Abgeordnetenhouse in der Minorität sind, sich bei dem Zustandekommen des Jellitz'schen Volksschulgesetzes beruhigen und demnächst wieder, gleich als ob nichts geschehen, ihre frühere Stellung zu der Regierung einnehmen sollten, ist völlig ausgeschlossen. Denn die Vertreter der Minoritätsparteien im Abgeordnetenhouse wissen nur zu gut, dass sie im Lande die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben und dass ein Regiment, welches sich nur auf die extrem kirchlichen und reactionären Parteien stützt, selbst um den Preis eines schweren Conflicts, von dem die „Kreuz-Ztg.“ träumt, nur auf kurze Zeit sich behaupten könnte. Und dazu ist die conservativ-clericale Mehrheit selbst in diesem Abgeordnetenhouse nicht die einzige. Im Gegenteil, das Haus ist unter dem Zeichen des Cartells zwischen den Conservativen und den Nationalliberalen gewählt worden. Aber gerade diese Wahl hat gezeigt, dass die Conservativen sehr bereit sind, ihre Landesdaten mit Hilfe der Nationalliberalen durchzusetzen, dass sie aber an eine Interessengemeinschaft zwischen ihnen und den Nationalliberalen nicht glauben. Immerhin läge nach der Zusammensetzung des Hauses für die Regierung, wenn sie den Erlass eines Volksschulgesetzes wirklich als dringlich ansähe, kein Grund vor, diese Aufgabe mit Hilfe lediglich der Conservativen und des Centrums zu lösen. In der That knüpfen an diese naheliegenden Erwägungen die Vorgänge

an, die die Einreichung des Entlassungsgesuches des Grafen Jellitz veranlaßt haben.

Unser Berliner Correspondent schreibt über die Ministerkrise von gestern:

Die so lange erwartete, angeblich bis zum Abschluß der Arbeiten des Volksschul-Commission vertragte Ministerkrise ist nun doch plötzlich und ancheinend ohne jeden sachlichen Anlaß ausgebrochen und obendrein in ganz anderer Weise, als bisher vorhergesehen wurde. Nicht die Gegenseite des Volksschulgesetzes des Grafen Jellitz im Staatsministerium, sondern Graf Caprivi, der sich leider mit dem ersten für solidarisch erklärt hatte, haben den Kaiser um ihre Entlassung gebeten. Dass Graf Caprivi dem heutigen Ministerrat bei dem Vicepräsidenten des Staatsministeriums noch beigelehnt hat, scheint richtig; aber die Berathung hat wohl weniger den Zweck gehabt, den Rücktritt des Grafen Jellitz zu verhindern, als den, einen Modus zu finden, der dem Grafen Caprivi das Verbleiben in seiner leitenden Stellung ermöglichen sollte. Der Versuch ist, wie zu erwarten war, gescheitert. Die „Kreuzzeitung“ erwähnt eines Vorschlags, die Landtagssession nach Erledigung des Staats und der dem Abschluß nahen Vorlagen nicht zu schließen, sondern die Beendigung der Commissionararbeiten über das Volksschulgesetz abzuwarten und dann die Session bis zum Oktober zu vertagen in der Absicht, den Weg der bekannten Quadratur des Zirkels ausfindig zu machen, d. h. eine Vereinbarung über das Gesetz zwischen Mehrheits- und Minoritätsparteien herbeizuführen. Der Gedanke ist nicht neu, wie die „Kreuz-Ztg.“ glauben machen will; es ist derjenige, den Graf Jellitz gestern in der Discussion über das Volksschulgesetz im Kronrat vertreten hat, aber mit so geringem Erfolge, dass er noch gestern sein Abschiedsgesuch eingereicht. Graf Jellitz hat ja längst eingesehen, dass er sich durch die Einbringung des Entwurfes in die Unmöglichkeit versetzt hat, auf ein Compromiss einzugehen oder vielmehr, dass er durch sein bisheriges Verhalten das Vertrauen der Minorität, dessen er zu Compromissversuchen bedarf, eingeblüht hat, und so hat er wiederholst erklärt, mit seiner Vorlage stehen oder fallen zu wollen. Gleichwohl gingen auch heute in Abgeordnetenkreisen die Hoffnungen kaum noch weiter als dahin, dass das jetzige Volksschulgesetz tatsächlich abgelehnt sei, dass über das Verbleiben des Cultusministers in seinem Amt die Entscheidung des Kaisers abgewartet werden müsse. Man sollte freilich meinen, dass ein Minister, dessen Auffassungen über das Verhältnis des Staats und der Kirchen zur Volkschule in der jehigen Vorlage niedergelegt sind, von dem Augenblick an, wo diese Vorlage als unausführbar anerkannt ist, nicht Cultusminister bleiben kann; denn seine Praxis würde sich in derselben Linie bewegen wie die unmögliche Vorlage. Indessen wird die Krise durch das Entlassungsgesuch des Grafen Caprivi erheblich verschärft. Graf Caprivi ist nicht nur preußischer Ministerpräsident, sondern auch Reichskanzler und sein Rücktritt würde eine vollkommene Umgestaltung in dem Personal der höchsten Verwaltungsstellen nach sich ziehen. Man wird also das Weitere abwarten müssen.

Immerhin ist es erfreulich, dass es die Initiative des Kaisers im gestrigen Kronrat gewesen ist, der wir die Klärung der Situation in erster Linie verdanken. Man hat auch heute noch den Versuch machen wollen, in Abrede zu stellen, dass der Kronrat sich mit dem Volksschulgesetz beschäftigt habe. Aber das ist nur insofern zutreffend, als in der That diese Vorlage nicht auf der offiziellen Tagesordnung der Sitzung stand und demnach auch nicht zu formellen Beschlüssen Anlaß gegeben hat. Ebenso zweifellos aber ist es, dass der Kaiser den Anstoß zu der Erörterung über das Volksschulgesetz durch eine Kundgebung der Ansicht veranlaßt hat, dass ein so wichtiges Gesetz nicht mit einem Theile des Hauses gegen den anderen zu Stande gebracht werden könne; eine Auffassung, die der Kaiser bisher schon des öfteren in engeren Kreisen ausgesprochen hatte. Das gab dann vor allem den Ministern Dr. Miquel und Herrfurth Anlaß, ihre Bedenken gegen das Gesetz, die außerhalb des Abgeordnetenhauses selbst von zahlreichen conservativen Kreisen geteilt werden, darzulegen. Die Verwirrung, die heute im conservativen Lager und in den Centrumskreisen herrscht, er-

klärt sich zur Genüge dadurch, dass der Anlaß zu der Krise ganz unerwarteter Weise, wie ein Dieb in der Nacht gekommen ist. Wie groß die Verwirrung ist, lässt die Bemerkung erkennen, das Centrum habe erklärt, an dem Volksschulgesetz des Grafen Jellitz kein unmittelbares Interesse zu haben, da nach den Neuwahlen von 1893 eine clerical-freisinnige Mehrheit ihren Einzug in das Abgeordnetenhaus halten werde, bei der das Centrum mehr erreichen werde, als ihm jetzt geboten sei. Ein recht schaler Witz! Den Herren scheinen eben die Trauben des Volksschulgesetzes plötzlich sauer geworden zu sein, während sie soeben noch bereit waren, auf die Freigabe des Privatunterrichts zu verzichten, wenn dadurch der Widerstand gegen das schöne Gesetz gebrochen werden könnte. An der angeblichen Erklärung des Centrums ist nur so viel richtig, dass trotz aller Enttäuschung das Centrum sich wohl hüten wird, nach dem Scheitern des Volksschulgesetzes eine offene Abschwankung in die Opposition vorzunehmen, wäre es auch nur, um den Schein zu vermeiden, als sei für die gouvernementale Haltung der Partei die Abschlagszählung der lex Jellitz maßgebend gewesen. Das Centrum wird versuchen, durch Fügsamkeit in den Willen der Regierung seine kirchenpolitischen Chancen wieder aufzuwerten, aber hoffentlich bleibt es bei dem Versuche.

Die Berliner „Pol. Nachrichten“ bringen zu der Krise folgende Ausführungen:

„Es ist bekannt, dass auch innerhalb der conservativen Partei und zwar sowohl in ihrer parlamentarischen Vertretung als im Lande zahlreiche Elemente vorhanden sind, welche dem Entwurf in wesentlichen Theilen nicht zustimmen und die dadurch geschaffene allgemeine politische Situation missbilligen. Diese Grönung hat augenscheinlich in der neuesten Zeit, namentlich in den letzten Tagen, an Stärke erheblich gewonnen und in den maßgebenden Kreisen den aus der Generaldebatte über den Volksschulgesetzentwurf entnommenen Eindruck, als ob die ganze conservative Partei hinter dem Volksschulgesetzentwurf stände, verloren.“

Ebenso liegen Anzeichen dafür vor, dass außerhalb Preußens gerade in den Kreisen, welche eine entschiedene deutsche Politik vertreten, die Vorsorge über die allgemeinen politischen Folgen der durch den Volksschulgesetzentwurf geschaffenen Lage wässt. Man befürchtet augenscheinlich, dass daraus namentlich in Süddeutschland eine Wendung dahin eintreten werde, dass in Bayern und vielleicht auch in anderen Bundesstaaten ultramontane Ministerien aus Rüder gelangen und dadurch auch für die Einheitlichkeit der inneren Reichspolitik erhebliche Schwierigkeiten erwachsen würden. Es darf angenommen werden, dass auch diese Befürchtungen an maßgebender Stelle mit Nachdruck gestellt gemacht worden sind und dass Einwirkungen dieser Art die ohnehin bestehenden Bedenken über die Richtigkeit der durch das gegebene Vorgehen in der Volksschulfrage geschaffenen allgemeinen und partei-politischen Lage wesentlich verstärkt hat.

Alle diese Momente zusammen zu dem Entschluss geführt haben, von der Weiterverfolgung des gegebenermaßen Planes zur Zeit abzusehen. Ob es gelingen wird, für diesen Entschluss Formen zu finden, welche die Erfüllung des Wunsches ermöglichen, dass dieser Entschluss nicht von weiteren und namentlich nicht von anderen persönlichen Folgen begleitet sein möge, scheint zur Zeit noch Gegenstand der Erwägung zu sein. In Bezug auf die persönliche Seite steht fest, dass der Cultusminister Graf Jellitz sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. . . . Auch wird glaubhaft über eine Aeußerung des Cultusministers dahin berichtet, dass er ein Arrangement der Sache für sehr unwahrscheinlich halte.“

Von heute gehen uns über den Stand der Dinge folgende Telegramme zu:

Berlin, 19. März. (Privatelegramm.) Die heutigen Berliner Morgenblätter bringen wenig Neues über die Krise. Nach Beendigung des Ministrerraths reichte auch Caprivi seine Entlassung ein. In Folge dessen sandte der Kaiser den Chef des Civilcabinets Lucanus zu Jellitz, um diesen zur Zurücknahme der Demission zu bewegen. Nachmittags begab sich Jellitz zu Caprivi zu einer längeren Conferenz.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestreitet, dass die Frage einer Vertragung der Entscheidung über das Schulgesetz bis zum Herbst ventiliert worden sei. Eine solche Methode könnte die Situation nur verschlimmern.

Nach der „Nationalliberalen Correspondenz“ soll im Kronrat ein sehr hartes Wort des Kaisers gegen Jellitz gefallen sein.

dem Dichter behandelt ist, steht über allem Zweifel. Auch fehlt es nicht an Scenen mächtiger Wirkung. In den ersten beiden Akten schreitet die Entwicklung etwas langsam vor, man könnte dabei wohl die Naturschöpfung von Capri und die Beschreibung von Pompeji mischen. Die Sprache ist durchweg edel. Auch ein paar heitere Episoden entbehren nicht der komischen Wirkung.

Die geistige Darstellung war wohl noch nicht genügend unabhängig vom Gouffeur; es wurde aber mit vieler Lust und Liebe und mit richtiger Erfassung der Charaktere gespielt. Vor allem erwähnt sich Fr. Werra in der Titelrolle vielen, wohlverdienten Beifall, trotzdem sie während der Vorstellung von Heiterkeit besessen wurde. Zunächst gab sie in dem kostüm der Italienerin die für die Rolle nicht zu entbehrende fesselnde, siegreiche Erscheinung. Aber auch das Inneneleben der Assunta brachte sie in seiner ganzen einfachen Schönheit zur überzeugenden Darlegung. Herr Körner musste dem schwankenden Wesen, das der junge Bildhauer in den ersten Akten zeigt, volle Liebenswürdigkeit zu geben und konnte so den Charakter dann natürlich zur Läuterung hinübersetzen. Fr. Schreiner stellte den brauen

Die sonst so redselige „Kreuzzeitung“ hat die Sprache verloren und bringt nur eine kurze Berichterstattung ohne Betrachtungen.

Die ultramontane „Aönlische Volkszeitung“ wünscht recht bald volle Alartheit, damit man weiß, wohin die Reise geht und sich danach einrichten kann.

Berlin, 19. März. (W. L.) Die Blätter drücken bei der Besprechung der Krise vielfach den Wunsch aus, dieselbe möge sich auf den Unterrichtsminister beschränken.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet es als ungewiss, wie sich die Krise gestaltet; auch die „Doss. Ztg.“ weiß nicht, ob die Demission des Grafen Jellitz angenommen wird.

Die „Kreuzzeitung“ wiederholt ihre gestrige, anderweit bischer unbestätigte Meldung von dem Rücktrittsgesuch Caprivi und fügt hinzu, der Kaiser habe Lucanus an den Cultusminister gesandt, um diesen zur Rücknahme seiner Demission zu bewegen, bis zum späten Nachmittag sei aber die Zurücknahme nicht erfolgt. Der Cultusminister habe Nachmittags eine Besprechung mit Caprivi gehabt. Das „Berl. Tageblatt“ enthält dieselbe Meldung. Die „National-Zitung“ meint, Caprivi scheine nur die Absicht bekundet zu haben, für den Cultusminister einzutreten, was doch aber seinen Rücktritt nicht notwendig bedinge.

Wenn Graf Caprivi wirklich gleichfalls seine Entlassung eingereicht hätte, so wäre das schließlich nicht sonderlich überraschend, nachdem er bei der ersten Berathung des Volksschulgesetzes ohne Noth in so schroffer Weise für die lex Jellitz eingetreten ist und seine Absicht gegen den Strom zu schwimmen erklärt hat, ein Auftreten, durch welches er ein gut Theil der Sympathien eingeholt hat, die er sich durch seine frühere Verwaltung erworben.

Über den eventuellen Nachfolger des Grafen Jellitz schwirren bereits allerhand Gerüchte umher. Der Chef des Civilcabinets, Lucanus, wurde bereits in unseren heutigen Morgentelegrammen als Kandidat genannt; andere nennen den conservativen Abgeordneten v. Rauchhaupt, noch andere — Hrn. v. Bennigsen. Dies sind fürs erste natürlich alles überflüssige Conjecturen. Erst muss die Angelegenheit des Grafen Jellitz selbst definitiv entschieden sein, ehe sich überhaupt die Tragweite der sich vollziehenden Wendung übersehen lässt und wir schließen uns rückhaltslos der „Post“ an, wenn sie in dieser Beziehung ausführt:

„Das Weitere beruht auf Muthmaßungen, über deren Begründung Sichereres sich nicht feststellen lässt. Wir möchten vorerst vor einer optimistischen Auffassung der Lage warnen und recht dringend raten, für alle Fälle das Palter hübsch trocken zu erhalten. Wenn etwas erreicht worden ist, so ist es durch die Energie und Nachhaltigkeit des Widerstandes gegen den Entwurf erreicht. Es wird voraussichtlich der gleichen Mittel bedürfen, um die Angelegenheit zu einem Ausgleich zu führen, welcher gleichmäßig den Interessen des Landes und unserer Auffassung entspricht.“

Im Reichstage,

in den jetzt manche seltene Gäste eingekehrt sind, ist es gestern, wie gemeldet, so zu sagen im allerletzten Augenblicke gelungen, den freien Hilfskassen das Recht zu wahren, anstatt der ärztlichen Behandlung u. s. w. ihren Mitgliedern Krankengeld zu gewähren, wenigstens in denjenigen Orten, in denen nur 20 ihrer Mitglieder beschäftigt sind. Die Bestellung von Rassenärzten in solchen Orten würde den Hilfskassen unerschwingliche Kosten auferlegen und sie zur Freude des „Vorwärts“ u. Gen. auf den Aussterbeatal setzen. Mit Hilfe eines Theils des Centrums gelang es, den Antrag durchzuführen, der wenigstens denjenigen Mitgliedern der freisinnigen Partei, die 1883 für das Krankenkassengesetz gestimmt haben, die Zustimmung zu der Vorlage ermöglicht.

Der „Lib. Corr.“ zufolge erfolgt der Schluss der Reichstagssession möglicher Weise bereits Ende nächster Woche.

Dr. Clinton mit voller Herzenswärme aus. Die nicht dankbare Rolle des philistrischen denkenden und rathenden Bruders Emil v. Buchau führte Herr Maximilian mit verständnisvollem Muth und glaubhaftem Gefühl durch. Der in Capri verbauerte Maler Bruger wurde von Herrn Rub in guter Maske und mit dem nötigen Humor gegeben. Auch Fr. Körner als angehender Bildhauer Fabian, Fr. Hößlich als kunstimpelder Dr. Krause, der durch seine Simpelei seine junge Frau quält, sowie Fräulein Hagedorn in der Rolle der letzteren unterstützten die Vorstellung bestens. — Die Darstellung fand vielen Beifall, namentlich wurde derselbe Fräulein Werra und den Herren Körner und Schreiner gespendet.

Morgen Abend wird „Der Verschwender“ mit Concerteinlagen gegeben. Herr Rose wird nach längerer Pause wieder an diesem Abend in der auffälligen Rolle des Valentini aufstehen. Es knüpft sich an diese Vorstellung die wehmütige Erinnerung, dass Herr Rose zum letzten Mal in dieser Partie auf unserer Bühne mit seiner verstorbenen Gattin erschienen ist.

Stadt-Theater.

* „Assunta Leonie“, Schauspiel in 5 Akten von Adolf Wilbrandt, wurde gestern hier zum ersten Mal gespielt. Wenn auch eines der letzten Glücks des Verfassers, ist es doch nicht mehr ganz neu, denn es ist bereits 1883 erschienen. Wilbrandt hat sich in Glücks des verschiedensten Genres mit Erfolg versucht; abgesehen von seinen durch Sinnlichkeit ansprechenden Lustspielen erinnern wir nur an den „Grafen v. Hammerstein“, „Arria und Messalina“, „Die Tochter des Herrn Fabricius“, „Der Maler“, von denen jedes Stück eine eigene Gattung von Drama darstellt. Auch „Assunta Leonie“ ist wieder ein Stück ganz eigener Art. Es ist gewiss schon oft vorgekommen, dass einer der jungen Künstler, welche ihre Ausbildung in Italien gesucht, von der Schönheit der dortigen Frauen berügt, überreiste Herzenschüttisse abgeschlossen haben, die für beide Vertrag schließende später verhängnisvoll geworden sind. Und wiederholt ist die Geschichte solcher Künstlerchen dichterisch als Stoff benutzt worden. An ein solches Verhältnis knüpft auch Wilbrandt hier an. Assunta Leonie ist eine junge

Zu dem Dementi der „Nordd. Allg. Zeit.“
über die neue Schloßlotterie, das Gerücht von einer abermaligen Erhöhung der Kronobotschaft und über den Abschluß einer Kronanleihe von 40 Mill. Mark, das in unserer heutigen Morgenaugabe telegraphisch mitgetheilt ist, bemerkt die „Allg. Corresp.“: Das ist mehr als nötig. Uns genügt, daß die Angaben der jetzigen Wirklichkeit nicht entsprechen. Im übrigen schließen wir uns der Ansicht der „Post“ an, die zu den Gerüchten über die Erhöhung der Kronobotschaft, die aus deutsch-freisinnigen Blättern herstammen soll, folgende Bemerkung macht: Als Stimmungssymptom ist das Auftauchen jenes Gerüchtes ebenso bezeichnend wie bedauerlich. Es wäre aber verkehrt, wenn man nach dem Beispiel schlechter Aerzte das Uebel durch Ankämpfen gegen die auf die Oberfläche tretenden Symptome desselben heilen zu können vermessen wollte. Man muß der tiefen Quelle desselben auf den Grund gehen, wenn man wirklich die bessende Hand anlegen will.

Die böhmischen Ausgleichsverhandlungen.

In der gestrigen Sitzung der Ausgleichs-Commission stellte der Abgeordnete Gömehkal den Antrag, zuerst über die Vorlage der Regierung betreffend die Abgrenzung der Gerichtsbezirke zu verhandeln, dann längere Zeithammer und Gregor die Eröffnung der Generaldebatte über die gesamten Ausgleichsvorlagen beantragten. Gregor verlangte außerdem, die Commission solle im plenum den Lebtag zur Tagesordnung beantragen. Graf Bucquo besprach in längerer Rede die Stellung des Großgrundbesitzes und kündigte einen Antrag auf Vertragung der Ausgleichsverhandlungen an, welcher im Laufe der Generaldebatte gestellt werden würde. Der Großgrundbesitz wolle den Ausgleich, er trachte deswegen danach, denselben keiner Gefahr preiszugeben. Der Redner schloß mit den Worten: „Weil wir an der versöhnlichen Tendenz des Ausgleichs festhalten, unser Wort nicht brechen und die Versöhnung nicht vereiteln wollen, werden wir für Vertragung stimmen.“

Zum englischen Kohlenarbeiterstreik.

Wie aus London vom 18. d. telegraphiert wird, hat gestern der Bergarbeiterverband beschlossen, daß die Arbeiter vom Montag ab, wo die Arbeit wieder aufgenommen wird, nur fünf Tage in der Woche arbeiten sollen. In einer gestern stattgehabten Conferenz der Kohlengrubenarbeiter wurde eine Resolution angenommen, nach welcher der Montag jeder Woche als Feiertag für alle der Föderation angehörenden Bergleute angesehen werden soll. Die neue Einrichtung soll am 11. April in Kraft treten.

In Folge der unruhigen Haltung der streikenden Kohlengrubenarbeiter in der Umgegend der Kohlengruben der Grafschaft Durham ist die Polizei in diesen Gegenden verstärkt worden. — Die Kohlenpreise sinken fortwährend.

Finanzfragen in der italienischen Deputirtenkammer.

Die italienische Deputirtenkammer genehmigte gestern in geheimer Abstimmung mit 162 gegen 102 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Ausgabe von Schahscheinen mit siebenjähriger Verfallsfrist. — Im Laufe der Berathung erklärte der Finanzminister, die tägliche Nachfrage nach Schahscheinen beweise, daß dieselben ein Bedürfnis für den Markt seien; was eine Ausgabe der Schahscheine in kleinen Aponts befrese, so verbiete dieselbe im buchstäblichen Sinne die lateinische Münzconvention nicht, der Geist der letzteren spreche sich aber dagegen aus, und da er wünsche, die von der Convention vorgezeichnete Linie strikt innzuhalten, so werde er von einer Ausgabe von Scheinen in kleinen Aponts abssehen. Der Minister wies ferner mit Entrüstung die öffentlich verbreite Unterstellung zurück, als hätte die italienische Regierung eine Ausgabe von minderwertigen Münzen beabsichtigt. — Der Präsident zeigte an, daß die Genehmigung des berichtigten Budgets für 1891/92 mit 193 gegen 107 Stimmen erfolgt sei.

Milans Erklärung in der Skupschtna.

Die Generaldebatte in der serbischen Skupschtna über die Erklärung Milans, deren Abschluß bereits gemeldet ist, trug einen äußerst lebhaften Charakter. Die Galerien waren überfüllt. Im Verlaufe der Debatte erklärte Staatsrat Vasilevits das Gesetz für einen Zwangsakt; Prokoljevic sprach gegen die Declaration, bezeichnete die Regenten als von den Radikalen bezahlt, und als Marionetten Milans. Die Ernennung der Regenten sei eine Gesetzwidrigkeit, da dieselben nicht vor der Skupschtna den Eid abgelegt hätten. Dem Redner wurde, nachdem ihn der Präsident verwarnzt hatte, unter Protest mehrerer Abgeordneten und unter Tumult der Galerien das Wort entzogen. Milan Gjuric, welcher sich für die Vorlage aussprach, meinte, Milan könne nicht gemüngt werden, seinen Sohn zu lieben. Aatic wandte sich gleichfalls gegen das Gesetz, welches keinerlei Gewaltstreiche gegen Serbien ausschließe. Der Liberale Avakumovic erklärte die Skupschtna für incompetent; das Verbannungsurtheil gegen den Vater des regierenden Königs sei ein öffentlicher Skandal. Der Referent Mostic meinte, die Skupschtna sei verpflichtet, den politischen Tod Milans zu ehren. Der Justizminister erklärte schließlich, die Regierung sei correct vorgegangen. Die Declaration erhalten durch Annahme des Gesetzes die Form eines Staatsaktes, durch welchen Milan für Serbien politisch und bürgerlich tot sei. Hierauf folgte die bereits gemeldete Abstimmung.

Gistirung der Aufsichtsrichtung Finnlands.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß das Special-Comité unter dem Vorsteher des Präsidenten des Ministercomités, Herrn Bunge, welches mit der Aufgabe betraut wurde, die öffentlichen Einrichtungen Finlands mit denjenigen des übrigen Russland in Einklang zu bringen, seine Thätigkeit in Folge einer Weisung der Regierung auf unbekannte Zeit verlängert hat. Diese Maßregel wird darauf zurückgeführt, daß man es an entscheidender Stelle für inopportunit erachtet, den russisch-finnischen Antagonismus im gegenwärtigen Zeitpunkte zu verschärfen.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 18. März.
Dritte Berathung des Staats. In der Generaldebatte erklärt

Abg. Rieckert: Die gegenwärtigen Verhältnisse in unserem Vaterlande enthalten zwar eine sehr starke Aufforderung, einen Blick auf die gesamte Finanzlage zu werfen. Ich nehme aber heute davon Abstand, weil wir in der That dem Herrenhause die

Rücksicht schuldig sind, daß der Staat möglichst schnell an dasselbe gelangt. Ich hoffe, wir werden beim Volkschulgesetz hinreichend Gelegenheit haben, die gesammte innere Lage zu erörtern. Den düsteren Erfahrungen, welche über unsere Finanzlage in der letzten Zeit in der Presse entworfen sind, würde ich keinen Werth beilegen, wenn nicht selbst in hervorragenden Blättern die Vermuthung verbreitet wäre, daß diese Mittheilungen aus dem Finanzministerium oder vom Minister persönlich ausgehen. Ich persönlich habe gar keine Zweifel, daß dies unrichtig ist. Es wird behauptet, daß der Höhspunkt der rückläufigen Bewegung in Bezug auf die Finanzen noch heineswegs erreicht ist; es wird ferner mitgetheilt, daß der Fehlbetrag, der im laufenden Staat auf 24 Millionen veranschlagt war, im nächsten Staat Jahr vielleicht 100 Millionen betragen würde, namentlich in Folge des Rückgangs der Eisenbahneinnahmen. Mir fehlt jede Grundlage, auf welcher diese Vermuthung aufgebaut ist. Ich möchte den Finanzminister bitten, uns zu sagen, ob irgend welcher Grund für diese schlimmen Aussichten vorliegt. Zugleich möchte ich ihm Auskunft bitten erstens darüber, wie sich die Eisenbahneinnahmen gestalten können, und zweitens, ob er vielleicht schon im Beifall, wenn auch nur einiger Jahren, über die Erträge der neuen Einkommensteuer ist. Es wäre das, da in vielen Blättern Zahlen über die Ergebnisse in Berlin, Magdeburg u. s. w. enthalten sind, von hohem Interesse.

Minister Miquel: Bezuglich der Nachrichten über die vermutliche Finanzlage im neuen Staatshjahr kann ich auf das bestimmtste verichern, daß sie weder einen offiziellen noch einen offiziösen Charakter haben. Herr Rieckert hat wohl als Quelle die „Berl. Pol. Nachr.“ im Auge. Ich kann aber versichern, daß diese irgendwelche offiziöse Nachrichten aus dem Staatsministerium nicht bekommen haben und nicht bekommen werden. Daraus ergibt sich von selbst, daß diese Bemerkungen in den Blättern lediglich Anschaungen der betreffenden Correspondenten wiedergeben, für die wir keine Verantwortung haben. In der Sache selbst wird ja der Staat von 1892/93 auch wieder wesentlich von den Ergebnissen der Eisenbahnverwaltung abhängen. Wie diese sich gestalten werden, kann gegenwärtig niemand übersehen. Selbst wenn wir aber einer rückläufigen Bewegung in der Industrie entgegengehen, so wird das keineswegs in demselben Verhältniß auch auf die Größe des Verkehrs juridisch. Wir haben im Gegenteil bei schlechter Lage der Industrie gerade eine Steigerung der Production und Erweiterung des Absatzes erlebt. Man kann daher aus der jetzigen allgemeinen Lage heraus durchaus keinen Rückschluß auf die schließlich Einnahmen der Eisenbahnen ziehen. Jedenfalls werden die schwierigen Schätzungen und Befürchtungen diesseits keinesfalls getheilt. Über das Gesamtergebnis der Einkommensteuerveranlagung kann ich hier leider noch kein Bild geben. Die Behörden sind angewiesen, bis zum 20. März das vorläufige Ergebnis mitzuteilen. Die Mittheilungen sind aber noch nicht eingegangen, und der Termin wird voraussichtlich bei der Schwierigkeit der ersten Veranlagung auch nicht streng inne gehalten werden können. Einige Nachrichten der Zeitungen sind jedenfalls irrtig, es hat aber kein Interesse, das im einzelnen zu berichtigten. Nach meiner Ansicht wird das Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung nicht erheblich abweichen von den Vermuthungen, die ich schon bei der Berathung des Gesetzes ausgesprochen habe.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Special-debatte werden die meisten Specialets ohne Debatte genehmigt. Eine Erörterung knüpft sich nur an folgende Specialets.

Beim Staat der Forstverwaltung erklärt auf eine Anregung des Abg. v. Benda der

Landwirtschaftsminister v. Henden, daß sich im Besitz des Staats 41 695 Hectar Debländereien befinden, von denen 18 600 noch nicht aufgesetzt sind; es wäre deshalb eine Vermehrung der Fonds für die Aufforstung wünschenswert.

Bei dem Staat der directen Steuern heißtet der Finanzminister Miquel mit, daß das Gesetz über die Entschädigung der Standesherren in den nächsten Tagen dem Hause zugehen werde.

Beim Staat der Eisenbahnverwaltung befürwortet

Abg. Hansen (Freicons.) den Erlass bestimmter Vorschriften über das Dessen der Fenster in fahrenden Zügen.

Minister Thielen: Es ist sehr schwer, eine allgemein befriedigende Bestimmung zu treffen. Vom Landeseisenbahnrat ist eine Verfügung berathen worden, wonach auf beiden Seiten die Fenster nur mit Zustimmung aller Reisenden geöffnet werden können. Rönnen sich sonst die Reisenden nicht einigen, dann entscheidet der Schaffner.

Abg. Mekker (Centr.): Bei der zweiten Lesung hat der Minister es mit grossem Nachdruck bestritten, daß Eisenbahnbeamte 24 Stunden hinter einander im Dienst gewesen sind. Er bestreitet die Richtigkeit der von mir vorgebrachten Zeitungsnotiz. Inzwischen ist der betreffende Prozeß, auf den ich verwies, zu Ende geführt worden, der Beamte ist freigesprochen worden, weil nachgewiesen wurde, daß er 24 Stunden im Dienst war. Ich habe noch einige ähnliche Fälle vorzubringen, für welche ich zum Theil achtungswürdiges Beweismaterial habe. Rechner trägt die einzelnen Fälle vor, die sich ereignet haben auf den Bahnhöfen in Siegenhals, Brieg ic. Auch der Unfall in Kirchberg ist auf Überprüfung des Personals zurückzuführen.

Minister Thielen erklärt, auf Grund der Angaben des Vorredners Untersuchungen über die einzelnen Fälle anzustellen zu wollen. Niemand habe ein gröberes Interesse daran, daß nicht durch Überbürgung der Beamten die Betriebssicherheit gefördert werde, als der Minister selber, und es sei eine Commission eingesetzt worden, welche sich mit dieser Frage beschäftige.

Abg. Brömel (frei): Bei allem Vertrauen zu der Staatsregierung und der Eisenbahnverwaltung ist es doch die Pflicht des Hauses, an der Hand der einzelnen Fälle die Belastung der Beamten im allgemeinen zu discutiren. Es muß streng darauf gehalten werden, daß das Maß der Dienstzeit der unteren Beamten nicht ein zu großes ist. Gerade der Fall in Friedrichsberg beweist, daß hier Abhilfe dringend notwendig ist.

Minister Thielen heißtet mit Bezugnahme auf den Friedrichsberger Fall mit, daß der Telegraphist bis zum Eintritt des Unfalls nur $\frac{1}{4}$ Stunden in Dienst gewesen sei, vorher sich aber an einem Familienfest befehligt, also nicht ausgeruht habe. Ein Hilfsbremer sei allerdings 21 Stunden in Dienst gewesen, darunter 4 Stunden in Reserve, was aber durch eine Verkehrsstopfung auf dem Kummelsburger Bahnhof veranlaßt worden sei.

Abg. Graf v. Kanitz (cons.) bittet um Beschleunigung des Baues der Secundärbahn von Tilsit nach Stalupönen, oder wenigstens nur der Strecke Pillkallen-Stalupönen, ferner der Bahn Mohrungen-Liebstadt-Wormsdorf.

Abg. v. Liedemann (frei): Auf Grund von Zeitungsnachrichten können wir solche Fälle, wie sie Herr Mehner vorgebracht, nicht erörtern, noch viel weniger können wir daran eine solche Anregung knüpfen, wie sie Herr Brömel vorgeschlagen; das würde ein Misstrauensvotum gegen die Verwaltung sein, wozu ich meine Hand nicht bieten könnte.

Abg. Brömel: Ich begreife nicht, wie man meinen Worte eine solche Auslegung geben kann. Das gerichtliche Verfahren im Friedrichsberger Falle hat gezeigt, daß die lange Arbeitszeit die Unfälle verschuldet hat. Denn zwei Bremer sind freigesprochen, der Stationsassistent mit der geringsten zulässigen Strafe belegt worden. Durch eine Verringerung der Arbeitszeit würde man die Leistungsfähigkeit der Beamten erhöhen. Zugleich klagt Redner über die späte Auszahlung des Lohnes an die Streicherarbeiter. Hoffentlich bewahrte sich das Gericht nicht, daß die Löhne überhaupt herabgesetzt werden sollen.

Abg. Simon-Walbenburg (nat-lib.): Die heutige erhabenen Vorwürfe stützen sich nur auf Zeitungsnachrichten, die nicht zuverlässig sind, die aber leicht Beun-

ruhigung hervorrufen, weil man vergift, daß die Arbeitszeit sehr verschieden ist. Ghe man solche Einzelfälle vorbringt, sollte man dem Minister davon Mithilfe machen, damit er sich informieren kann.

Abg. v. Ehren (nat-lib.): Werbet sich ebenfalls gegen die Art, wie Brömel seine Beschwerden vorgebracht; der Minister könnte gar nicht auf alle einzelnen Fälle vorbereitet sein; damit ergiebt dann Herr Brömel einen billigen Triumph.

Abg. Brömel: Ich habe mich nicht auf unbegründete Zeitungsbücher gestützt, sondern auf das Erkenntniß des Gerichts, welches erfolgt ist auf Grund eidlicher Vernehmung der betreffenden Zeugen. Es handelt sich dabei nicht bloß um die Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten, sondern um das Interesse des Publikums an der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs. (Zustimmung.)

Abg. Graf zu Limburg- Stirum (cons.): Es wäre eine schlechte und verwerfliche Praxis, wenn es einreihen sollte, daß Arbeiter und Beamte sich einbilden, daß sie mit Beschwerden sich nicht an die vorgesetzte Behörde, sondern anonym an Abgeordnete wenden können. Ich bin mit den früheren Rednern damit einverstanden, daß man vorher den Minister informieren soll, ehe man hier einseitige Ausführungen macht, die im Lande durchaus falsch verstanden werden könnten.

Abg. Brömel (persönlich) bemerkt, daß er sich nicht auf anonyme, sondern auf persönliche Mitteilungen gestützt habe.

Der Staat wird darauf bewilligt.

Beim Staat des Finanzministerium fragt

Abg. Gaffler (nat-lib.): wann das von allen Seiten als dringend notwendig anerkannte Komplabilitätsgebot vorgelegt werden würde.

Finanzminister Miquel erwähnt, daß man nicht übersehen könne, wann die Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts abgeschlossen sein würden, so daß eine Vorlegung des Gesetzes noch in dieser Session nicht in bestimmte Aussicht gestellt werden könnte. Doch hängt das ja auch von der Dauer der Session ab.

Der Staat wird bewilligt, ebenso der Bau erwaltung.

Hierauf wird die weitere Berathung auf Sonnabend vertagt.

Deutschland.

Berlin, 18. März. In der heutigen Abend-sitzung der Schulcommission theilte sie bereits telegraphisch gemeldet. D. R. der Vorsitzende ein Schreiben des Unterrichtsministers mit, in welchem derselbe sein Bedauern darüber ausspricht, daß er verhindert sei, der Sitzung beizuwohnen. Abg. Rieckert beantragt mit Rücksicht darauf, die Sitzung zu vertagen, die Abg. Ennecerus und v. Jedlitz unterstützen den Antrag. Es erhebt sich eine längere Debatte, an welcher sich eine große Anzahl von Rednern beteiligen und in welcher die Mitglieder der Minorität die Vertragung dringend befürworten, da es sich hier um eine der wichtigsten Organisationsfragen handle, in welcher der Herr Minister zur Verständigung sich bereit erklärt habe — eine solche könnte nur in Anwesenheit des Ministers stattfinden, zumal er sich die Erklärung über die vorliegenden Anträge vorbehalten habe. Es werden auch von einer Seite die Gerüchte erwähnt, daß die Zurückziehung der Vorlage, oder wenigstens die Vertragung der Verhandlungen beabsichtigt sei. Die Abg. Huene und Graf Limburg-Stirum traten der Vertragung entgegen. Die Commission könnte die Anwesenheit des Ministers nicht verlangen, es käme jetzt zunächst darauf an, innerhalb der Commission sich zu verstündigen. Auf die Gerüchte, die umlaufen und durch die Zeitungen verbreitet würden, könne man kein Gewicht legen, man sei darüber nicht informiert. Bei der Abstimmung wird die Vertragung mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Die Majorität bestand aus den Conservativen, dem Centrum und einem Polen. Es wird darauf discutirt über Al. 3 des Antrages Bartels zu § 66 (Stadtschulbehörden) und den dazu vorliegenden Anträgen Jedlitz und Rieckert-Grimm, enthaltend die Übertragung von Besugnissen auf die Stadtschulbehörden, wie es jetzt ist. Eine größere Zahl von Rednern beteiligen sich dabei. Die Conservativen erklären sich gegen die Anträge (in einer der früheren Sitzungen hatten sie erklart, über die einzelnen Punkte noch mit sich reden zu lassen). Schließlich beantragen die Conservativen, die Abstimmung über den Antrag Rieckert-Grimm und über die einzelnen Punkte des Antrages Bartels bis zum § 134 auszusetzen. Demgemäß wird beschlossen und nur der Antrag Hansen abgelehnt, dagegen Antrag Bartels bis zu den einzelnen Nummern angenommen.

[Die „Auszug.“ und das Volksschulgesetz.] Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des Ergebnisses der (übriens noch nicht ganz beendigten) Einkommensteuer-Beranlagung hat sich hier ein Mehr von 131 771 Mk. herausgestellt. Davon entfallen ca. 5000 Mk. auf die Einkommen bis 3000 Mk., der Rest auf die Einkommen über 3000 Mk. Wird sich dieser höhere Soll-Ertrag auch durch Reclamationen etc. vielleicht noch um ca. 20 000 Mk. erhöhen, so darf doch nach obigem Resultat auch hier auf eine Ermäßigung des Communalsteuerzuschlages von 10 bis 20 Proc. gehofft werden.

[Kreistag.] Heute Vormittag fand eine Sitzung des Kreistages des Kreises Danzig statt, in der u. a. der Verwaltungsbericht und der Staat für 1892/93 zur Berathung stand. Es ist darüber Folgendes zu berichten:

Über die Finanzlage des Kreises wird im Verwaltungsbericht bemerkt, daß die Erträge vor der lex Huene mit 39 730 Mk. im Staat 1891/92 eingestellt waren. Der wirkliche Beitrag bejügt sich jedoch auf 59 728 Mk., so daß ein Mehr von 19 998 Mk. vorhanden war. Mit Rücksicht darauf, daß die Erträge aus den landwirtschaftlichen Böhlen im zukünftigen Staatshjahr voraussichtlich sinken werden, sind dieselben wiederum mit 39 730 Mark eingestellt worden. Aus früheren Jahren sind Erträge in der Höhe von 45 708 Mk. vorhanden, von denen 35 000 Mk. zur Verwendung für außergewöhnliche Fälle reservirt werden sollen, während der Rest in den Staat 1892/93 eingestellt ist. Der Staat pr. 1892/93 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 157 683 Mk. An Kreissteuern sind 48 274 Mk. erforderlich, mitin 21 602 Mk. mehr als im Vorjahr. Dieselben betragen etwa 40 Prozent der Staatssteuer.

Der Staat wurde genehmigt und an Stelle des Hrn. Deichhauptmann Wannow, der seinen Wohnsitz nach Danzig verlegt hat, Herr Alatt-Lekkau zum Kreisdeputirten (Vertreter des Landrats) für die Dauer von 6 Jahren gewählt.

[Centralverein westpreußischer Landwirthe.] Die heutige Generalversammlung, welcher die Herren Oberpräsident v. Gohler, Geh. Ober-Riegerungs-Rath Dr. Thiel und Riegerungs-präsident v. Holweide bewohnten, wurde Mittags 11½ Uhr im Landeshause von dem Vorsitzenden mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet, worauf sofort in die umfangreiche Tagesordnung eingetreten wurde. Erster Gegenstand war der deutsch-österreichische Handelsvertrag, über welchen hr. Holtz-Parlin in ausführlichen Vorträgen sprach, sich dahn äußernd, daß durch diesen Vertrag die Interessen der Landwirtschaft gefährdet seien. Die Ausführungen des Redners schienen darin zu gipfeln, daß an einem Getreidezoll von 50 Mk. pro Tonne überhaupt nicht gerüttelt werden dürfe. Als den bedenklichsten Punkt bezeichnete der Redner den Umstand, daß der Getreidezoll auf 12 Jahre nach oben gebunden sei. Die Majorität der Versammlung zollte dem Redner Beifall und nahm eine Resolution an, in welcher das Bedauern über die Heraussetzung des Getreidezolls ausgesprochen wird. Hierauf referierte Herr Riegerungs-R

20 Jahren die Hälfte der Großgrundbesitze in unserer Provinz in Rentengüter umgewandelt sein würde. (Weiteres in der Morgen-Ausgabe.)

* [Colonien der deutschen Volksangehörigkeit.] In Danzigs Umgebung soll nunmehr auch wie in vielen anderen größeren Städten mit der Anlage solcher Colonien, welche auf möglichst leicht Art Grund- und Hausbesitz vermitteln sollen, vorgegangen werden, da bereits eine Reihe Anwärter auf solche Besitzthümer sich gemeldet haben. Doppot dürfte schon in Kürze einige Proben liefern, da der Grund und Boden dort bereits reserviert ist.

* [Städtische Arbeiten.] Die Arbeiten an der Niederlegung des Ravelin Jakob haben bereits begonnen und es sind zur Zeit etwa 20 Mann beschäftigt, welche so weit vorarbeiten sollen, daß Mitte nächster Woche eine größere Anzahl Arbeiter eingestellt werden kann. Auf den städtischen Rieselfeldern arbeiten zur Zeit noch gegen 300 Arbeiter, die dortigen Arbeiten werden aber voraussichtlich in nächster Woche beendet werden.

* [Suppenküche.] In dieser Woche (vom 13. bis 19. März. cr.) sind in der Volksschule 17 557 Liter Suppe (gegen 17 187 in der vorigen Woche) ausgetilgt worden, und zwar gegen Bezahlung 772½ Liter, unentgeltlich 16 784½ Liter. Außerdem wurden 6949 Pfund Brod unentgeltlich verteilt (gegen 6116 Pfund Brod in der vorigen Woche). — Der Armen-Unterstützungsverein hat diese Woche 1074 Brode (à 1 Kilo) und ca. 500 Pfund Mehl verteilt.

* [Von der Weichsel.] Heute meldet ein Telegramm aus Warschau starken Eisgang bei 2,77 Meter Wasserstand. Es handelt sich bei dem Eisgang um die aus dem oberen Lauf des Stroms herabgehommene Eiszuspaltung.

* [Fischgeschäft.] Für den Kreis Danziger Höhe wird das diesjährige Musterungsgeschäft in den Tagen vom 7. bis 12. April in Danzig (Café Mohr), für den Kreis Danziger Niederung am 19., 20. und 25. April in Danzig, am 22. und 23. April in Stutthof abgehalten werden.

* [Personalien beim Militär.] Der Hauptmann Hermes vom 128. Inf.-Regiment ist auf ein ferneres halbes Jahr beim großen Generalstabe kommandiert und der Hauptmann Jeuner vom Grenadier-Regiment König Friedrich I. ist mit Pension und Uniform zur Disposition gestellt und zum Mitglied des Bekleidungsamtes des 3. Armeecorps ernannt worden.

r [Herrenabend.] Am 2. April veranstaltet Herr Bodenbusch im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus einen Herrenabend, ein sog. Vokablersfest mit Concert, wie es in dieser Zeit in Berlin alljährlich stattfindet.

Es soll namentlich auf Decoration des Saales, der zu diesem Zweck zu einem Wintergarten hergerichtet wird, abgesehen sein. Auch sonst sind originelle Arrangements geöffnet.

* [Aufschub.] Das zu morgen Abend angekündigte Concert unseres freien Musikkörpers Friederich Laade hat wegen der Heiserkeit, von welcher Frau v. Weber betroffen worden ist, und wegen anderer Hindernisse auf den 3. April verschoben werden müssen.

* [Diakonissenhaus.] Am 17. d. Ms. wurde im Diakonissenhaus das Jahresfest des Diakonissenhauses gefeiert. Die Seifpredigt hielt Herr Pastor Schiefferdecker aus Elbing, worauf die Einsegnung von 14 Diakonissen erfolgte. Herr Oberpräsident v. Gehler, Polizeidirektor r. Reimann, Consistorialpräsident Meier, Oberst Graf Gelben-Cramond mit ihren Damen wohnten der Feier bei.

* [Bahl der Droschen und Thorwagen.] Nach polizeilicher Ermittlung sind hier 3. 72 Droschen und 16 Thorwagen im Betriebe.

[Polizei-Bericht vom 19. März 1892.] Verhaftet 19 Personen, darunter: 1 Tätiler wegen Diebstahls, 2 Bettler, 16 Obdachlose. — Gestohlen: 1 Überbett mit roth- und graugestreiftem Einschlüttung. — Gefunden: 1 rothes Taschentuch, 1 brauner Glacehandtuch. — Verloren: 1 Brillantenstein mit durchbrochener silberner Fassung, verloren gegangen auf dem Wege von der Promenadenbrücke bis zum Diakonissenhaus auf Neugarten; abzugeben gegen gute Belohnung bei der königl. Polizei.

† Marienburg, 18. März. Der Kreishauslasts-Entwurf des Kreises Marienburg pro 1892/93, der auf dem Kreistage am 30. d. M. beraten werden soll, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 177 200 Mark ab. Die Einnahmen des Ordinariums betragen 327 300 Mk., von welcher Summe 223 500 Mk. durch Steuern ausgebracht werden müssen; die des Extraordinariums 849 900 Mk., darunter zu erwartender Anteil des Kreises aus den landwirtschaftlichen Zölle pro 1891/92 100 000 Mk., Provinzialprämie für die Chausseebauarbeiten 348 000 Mk., schwedende Schulden à conto der Provinzialprämien für die neu zu bauenden Chausseen 300 000 Mk. An Ausgaben sind u. a. verzeichnet: Zinsen und Amortisation der beim Reichs-Invalidenfonds aufgenommenen Darlehne 96 000 Mk., Kreisausdruck und Amtsverwaltung 20 431 Mk., Kosten der allgemeinen Kreisversorgung 11 343 Mk., Beihilfen zu wohltätigen Zwecken 14 654 Mk., darunter Kosten der Naturalverpflegungsstationen im Kreise 4100 Mk., Prämien an Dienstboten für langjährige treue Dienstleistung 500 Mk., dem Diakonissenhaus 4500 Mk., dem St. Marienkrankenhaus 1500 Mk., der Landwirtschaftsschule 1500 Mk., der Taubstummenanstalt 1129 Mk., dem Waisenhaus in Neuteich 1000 Mk., Chausseeverwaltung 63 366,50 Mk., Beihilfen zur Unterstützung des Gemeindegebäudes 56 477 Mk., Provinzialabgaben 51 037 Mk. Die Ausgaben des Extraordinariums sind mit Ausnahme von 23 500 Mk. Zinsen und Amortisation zu Chausseebauarbeiten bestimmt.

d. Marienburg, 18. März. In einer am Donnerstag Abend unter Vorsitz des Landrats Dr. v. Jander und im Beisein der Herren Regierungs- und Schulrat Dr. Rohrer aus Danzig und v. Putthamer-Plauth stattgehabten Sitzung des Kuratoriums der hiesigen Landwirtschaftsschule ist vorbehaltlich der Genehmigung des Provinzial-Schulcollegiums, beschlossen worden, daß in die durch den Tod des Oberlehrers Dr. Wimmer erledigte erste ordentliche Lehrerstelle der bisherige zweite ordentliche Lehrer Pätzig eintritt und auch die übrigen Lehrer je eine Stelle ausüben.

Die lehrende Lehrerstelle ist dem bisherigen wissenschaftlichen Hilfslehrer Hennig verliehen worden. An der Landwirtschaftsschule findet gegenwärtig unter dem Vorsitz des Regierungs- und Schulrats Dr. Rohrer aus Danzig die Reifeprüfung statt, der sich diesmal wieder 12 Abiturienten unterziehen. — In Folge der Selbststeuerung dürfte unserer Commune für das neue Staatjahr 1892/93 ein nicht unerheblicher Ausfall an Steuereinnahmen erwachsen. Nach oberflächlicher Schätzung, denn eine solche ist bisher nur möglich, wird der Ausfall gegen das Vorjahr wahrscheinlich über 5000 Mk. betragen. Dabei wachsen die Ausgaben in Folge nothwendig werdender Straßenpflasterungen und der übergrößen Armenlast stetig an, so daß wir wohl eine nicht unerhebliche Erhöhung des Aufschlags zur Staatssteuer für die Communalabgaben zu gewähren haben. — Die mit der ersten Mädcheklasse der hiesigen evangelischen zweiten Gemeindeschule verbundene Hochschule hat das erste Jahr ihres Bestehens hinter sich. Alles Denjenigen, welche durch Spenden und wohlwollendes Interesse die Begründung und weitere Fortführung der Hochschule ermöglicht haben, Gelegenheit zu geben, sich von den Fortschriften der Schülerinnen zu überzeugen, waren zum Donnerstag Mittag außer den Spalten der Behörden auch die Vorstandsmitglieder des Vaterländischen Frauenvereins und des Großschulvereins zu einem Prüfungskochen in die Bürgerschule geladen. Die Geschicklichkeit der Schülerinnen in der Zubereitung einfacher Speisen, wie sie auf den Tisch

der Arbeiter und kleinen Handwerker gelangen, erntete allgemeine Anerkennung. Das weitere Fortbestehen der Hochschule, die sehr segensreich wirkt, und welcher seitens des Publikums, namentlich auch in den niederen Schichten der Bevölkerung, die größte Sympathie entgegengebracht wird, ist höchst wünschenswert und erscheint auch gesichert, da bereits ein Fonds von 1200 Mk. für dieselbe angehäuft ist. Marienburg ist die erste Stadt, die an einer Gemeindeschule den Unterricht im Kochen als obligatorischen Lehrgegenstand für die Schülerinnen der 1. Mädcheklasse eingeführt hat.

Elbing, 19. März. In Folge des günstigen Ausfalls der Steuereinschätzung hat der Magistrat beschlossen, eine Herabsetzung des Communalsteuer-Aufschlages von 280 auf 240 Proc. vorzuschlagen.

B. Flotow, 18. März. Bekanntlich erhalten Lehrer, welche an Schulen wirken, die von polnisch sprechenden Kindern besucht werden, für gute Leistungen im Deutschen eine Remuneration. In dem Dorfe Pezin bei Flotow erhieltte aber die Regierung zu Marienburg nicht den Lehrern, sondern dem Schulvorstande für „besondere Pflege des Deutschthums“ eine Gratifikation. — Das Rittergut Wilhelmsruh bei Landsburg, über 2000 Morgen guten Bodens, soll in Nentengütern verparzellirt werden; die Kaufbedingungen sind sehr günstig.

Thorn, 19. März. (Privatelegramm.) Es soll ein Verbot erlassen werden sein, jüdische Auswanderer aus Russland hierher durchzulassen. Eine zur Hochzeit reisende Warschauer Familie wurde, obgleich sie angeblich einen ordnungsmäßigen Paß hatte, zurückgewiesen.

Lauenburg, 17. März. Gestern Abend fand auch hier eine von dem Lehrerstande veranstaltete Comeniusfeier statt, welche zahlreich besucht war.

(Weiteres in der Beilage.)

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 18. März. Der Professor Dr. Adolf Gaspari hat sich in der hiesigen Privatklinik des Professor Dr. Mendel in einem Anfalle von Geistesstörung erhängt. Gaspari, welcher in Berlin, Freiburg und München studirte, promovirte an der hiesigen Friedrich-Wilhelm-Universität im Jahre 1873. Am 11. Februar 1878 wurde er zum Lector in der italienischen Sprache bei demselben Institute gewählt, trat vom darauf folgenden Jahre ab als Privat-Docent für die romanischen Sprachen auf und erhielt am 1. Oktober 1880 die Berufung als außerordentlicher Professor der philosophischen Facultät nach Breslau. Von hier war er im Begriff, einem Rufe nach der Universität in Göttingen zu folgen, als er von einer Nervenkrankheit befallen wurde und in Berlin Heilung suchte. Der Gelehrte hat ein Alter von nahezu 43 Jahren erreicht.

* [Die Fürstengröße zu Darmstadt.] Unweit Darmstadt, etwa 20 Minuten vom großherzoglichen Schloss entfernt und eine halbe Stunde von dem Palais, in dem Großherzog Ludwig IV. während seiner ganzen Regierungszeit gewohnt hat und wo er auch gestorben ist, liegt die Rosenhöhle, eine wellige Erhöhung, von der aus man eine prächtige Aussicht auf den Odenwald mit dem Melibokus hat und die eine Villa und das Mausoleum der großherzoglichen Familie trägt. Hohe Tannen umgeben diese Fürstengröße und schließen sie ab von dem Geräusch und von dem Treiben der Welt; eine feierliche Stille umfaßt sie, wenn wir ihr nahen. Man denke sich das Mausoleum als einen dreiteiligen, langgestreckten Bau, einen Mittelbau, der sich über der Gruft erhebt, und zwei Seitenkapellen, die mit ihm durch offene Säulenhallen verbunden sind. Die Gruft des Mittelbaus birgt die Gärte der Großherzöge Ludwig II. und Ludwig III. und deren Gemahlinnen und einiger hessischen Prinzen und Prinzessinnen; die Mitte der über ihr sich erhebenden Kapelle nimmt ein vielbewundertes Meisterwerk Christian Rauchs ein; eine in Marmor wiedergegebene hessische Fürstentochter, die in zartem Kindesalter 1826 gestorben ist. In der Kapelle zur Rechten schlafet Prinz Alexander, der Vater der viel genannten Battenberger, den ewigen Schlaf; links erhebt sich die Ruhestätte, die am Donnerstag die sterblichen Überreste des Großherzogs aufnehmen wird. Den Mittelpunkt der Kapelle nimmt der vielgerühmte, vom Bildhauer Böhm gefertigte Sarkophag der Großherzogin Alice ein, der sich auf einem Sockel von grauem Marmor erhebt. Um die Gestalt der fürstlichen Frau ist der Hermelinmantel geschlagen, nur an Hals und Arm wird das Gewand sichtbar. Das Haupt ist nach links geneigt und ruht auf einem breiten, von zwei Engelsgeflügen getragenen Kissen. Der linke Arm umschließt ihre jugendliche Tochter Marie, die sich eng an die Tochter anschmiegt; der rechte Arm, der in getreuer Nachbildung das Armband trägt, das man der Heimgegangenen angelegt hat, greift sie zum Schutz des Kindes nach links. Den Hals umschlingt eine Kette mit dem Crucifix. Das Ganze athmet Frieden und Ruhe; man glaubt, die Heimgegangene könnte mit ihrem Kinde jeder Augenblick wieder zu neuem Leben erwachen. Die Wände sind rothbraun, die abgerundeten Ecken blaugrün gehalten, in die Zwischen sind Kreuze gemalt, über der Thür befindet sich das hessische Wappen, gegenüber das der englischen Prinzessin. Die Kuppel zeigt Engelköpfe und hat ein buntes verglastes Oberlicht. Die schmalen Fenster in der Wand zur Rechten sind durch rothen Stoff verhängt; das Fenster gegenüber dem Eingang zeigt in der Mitte den Heiland mit einem Kinde und zu beiden Seiten Gestalten, die dem höchsten Lob und Preis singen. Darüber die Worte: „Selig sind, die reines Herzens sind, denn sie werden Gott schauen“. Das Fenster ist ganz in grün gehalten, so daß das Licht wie gedämpft in den geweihten Raum dringt. Die vierte Seite endlich, die zur Rechten, ist zu einer Nische erweitert, in der bisher der Sarg der Großherzogin Alice und die der ihr vorangegangenen Kinder Fritz und Marie standen. Die kleinen Gärte hat man zeitweilig, um etwas Raum zu gewinnen, in die mittlere Notunde gestellt; sie hatten bisher den Platz eingenommen, der fortan ihrer erlauchten Mutter zur Rechten ihres nun wieder mit ihr vereinten Gatten gebührt.

* [Capitän Hammer.] Wie schon vor kurzem gemeldet, ist in Kopenhagen der dänische Marinecapitän a. D. Hammer gestorben. Sein Name bringt die Vergewaltigungen, die er sich im Jahre 1853 gegen die Bewohner unserer nordfriesischen Inseln erlaubte, aufs neue in Erinnerung. Hammer war schon 1848 bei der Vertheidigung der schleswig-holsteinischen Nordseeinseln beteiligt gewesen und wurde nach Schluß des Krieges zum Kreuzzollinspector für die Westküste der dänischen Monarchie ernannt. Zu Beginn des Krieges 1864 wurde Hammer, weil genau mit dem schwierigen Fahrwasser des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres vertraut, zum Beauftragten einer Division Kanonenjollen ernannt; außerdem standen ihm zwei kleine Dampfer und eine Anzahl Segelzollkreuzer zur Verfügung. Mit rücksichtsloser Gewaltthätigkeit unterdrückte er jede deutsche Regung auf den nordfriesischen Inseln. Föhr und Amrum, so daß sein Name bei der Bevölkerung außerordentlich verhasst wurde und auch im übrigen Deutschland den schlimmsten Klängen erhielt. Nach dem Siegesfecht von Helgoland konnte Hammer sich nicht länger halten. Er wurde von den österreichischen Kanonenbooten „Wal“ und „Gehund“ sowie den preußischen Kanonenbooten „Blitz“ und „Basilisk“ verhauen in die Enge getrieben, daß er sich, unmittelbar vor der Wasserkuppe, schließlich „Blitz“ ergeben mußte. Er fiel mit 7 Offizieren, 244 Mann, 2 Dampfern, 2 Küstenfahrern, 10 Zollkuttern und 5 Transport-schiffen den Preußen in die Hände. Die Gefangen-nahme des Verhafteten erregte auf deutscher Seite die allgemeine Besiedlung. — Nach seiner Heimkehr nach Dänemark beteiligte sich Hammer an einer hochseefischerei, um sich später ein forstliches Besitzthum zu kaufen, wo er Forstcultur betrieb.

Paris, 18. März. In und um Havre herrschte gestern ein furchtbarer Sturm, welcher große Verwüstungen anrichtete. Mehrere Schiffe gingen vor dem Hafen unter, viele Häuser wurden schwer beschädigt.

Spa, 15. März. [Der Spielclub.] Eine Gerichtscommission von Derviers stattete dem hiesigen Casino einen Besuch ab und beschlagnahmte sämtliche Bücher und Papiere des unter dem Namen „Cercle des Étrangers“ bekannten Spielclubs, der auch im Auslande eine große Zahl von Mitgliedern zählt. Bei dem Leiter der Befestigung wurden gleichfalls mehrere den „Cercle des Étrangers“ betreffende Bücher mit beschlagnahmt.

Genoa, 18. März. Auf dem heute aus Brasilien hier eingetroffenen Packboot „Citta Genova“ sind zehn Todesfälle am gelben Fieber vorgekommen. An Bord befinden sich zur Zeit noch drei Kranken, deren einer die Symptome des gelben Fiebers zeigt. (W.L.)

Odesa, 18. März. Die Typhus-Epidemie in den Gouvernementen Kajan und Samara hat bereits er-schreckende Dimensionen angenommen. Die behördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche erweisen sich als unzureichend; alles scheint den Kopf verloren zu haben. Es besteht außerdem die ernste Gefahr der Einschleppung der in Persien grassirenden Cholera, da bisher von der Regierung vorbeugende Maßregeln nicht versucht worden sind. Man sieht dem Frühjahr mit den ernstesten Befürchten entgegen.

Nachrichten. Nachrichten.

Duisburg, 18. März. (Tel.) Auf dem heute aus Brasilien hier eingetroffenen Packboot „Citta Genova“ sind zehn Todesfälle am gelben Fieber vorgekommen. An Bord befinden sich zur Zeit noch drei Kranken, deren einer die Symptome des gelben Fiebers zeigt. (W.L.)

Rohrucker. Während der Lehrverstossen acht Tage blieb die Haltung des Marktes im allgemeinen eine ruhige.

Für die vorgekommenen Öfferten von Hornzuckern, unter den sich einige größere Frühläger befinden, bezeugen mehrere Landstraffinerien einiges Interesse,

sobald es sich um beliebte scharzhörige und fruchtige Produkte handelt. Geringere Qualitäten bleiben vernachlässigt und finden solche nur bei etwas billigeren Preisen Kauf. Für Export ist von Hornzuckern nur Weniges gehandelt, weil bei den matigen Auslandsbeläufen die gebotenen Preise etwas zu hoch liegen. Die heutigen Notierungen für Hornzucker weisen gegen die Vorwoche nur eine geringfügige Veränderung auf.

Nachprodukte muhen im Laufe der Woche etwa 15 % billiger erlassen werden.

Der Gesamtumlauf beträgt 149 000 Gr.

Raffinirter Zucker. Für raffinirte Zuckern blieb die

Stimmung auch in dieser Woche eine sehr ruhige und

beschränkt sich das wenige Geschäft auf den laufenden Bedarf bei fast ganz unveränderlichen Preisen.

Terminpreise abwegig: Rohrucker

1. Produkt Basis 88 % a. frei auf Speicher Magdeburg:

Rotzlos, b. frei an Bord Hamburg: März 14.05 M. Br.

13.95 M. Br. April 14.05 M. bei. 14.05 M. Br.

14.02½ M. Br. Mai 14.22½—14.20 M. bei. 14.20 M. Br.

14.15 M. Br. Juni 14.37½ M. bei. 14.35 M. Br.

14.32½ M. Br. Juli 14.50 M. bei. 14.47½ M. Br.

14.45 M. Br. August 14.62½—14.57½ M. bei.

14.80 M. Br. September 14.20 M. Br. 14.00 M. Br.

Oktober-Dezember 12.85 M. Br. 12.80 M. Br.

Gedenktag: Flau.

bis 82° Brix ohne Zonne 2.40—2.75 M. Dergleichen ge-

ringere Sorten nur zu Brenzwecken passend, 42—43°

Bé. (alte Grade) resp. 80—82° Brix ohne Zonne 2.40—

2.75 M. Bé.

Rohrucker. Während der Lehrverstossen acht Tage

blieb die Haltung des Marktes im allgemeinen eine ruhige.

Für die vorgekommenen Öfferten von Hornzuckern, unter den sich einige größere Frühläger befinden, bezeugen mehrere Landstraffinerien einiges Interesse,

sobald es sich um beliebte scharzhörige und fruchtige Produkte handelt. Geringere Qualitäten bleiben vernachlässigt und finden solche nur bei etwas billigeren Preisen Kauf. Für Export ist von Hornzuckern nur Weniges gehandelt, weil bei den matigen Auslandsbeläufen die gebotenen Preise etwas zu hoch liegen. Die heutigen Notierungen für Hornzucker weisen gegen die Vorwoche nur eine geringfügige Veränderung auf.

Nachprodukte muhen im Laufe der Woche

Griechische Weine,

vorzügliche, sehr oilige Griechische, Frühstücks-, Dessert- und Krankenweine, als weiche leichte sie laut kriegsministeriellem Erlass vom 1. Januar 1887 für Lazarethe empfohlen und vielfach eingeführt sind, empfiehlt A. Ulrich, Danzig. Sortierte Probensendungen nach auswärts von 6 resp. 12 Flaschen, a 10 resp. 19 M. incl. Verpackung ab Danzig. (6748)

Max Schönfeld,
Langgasse 66.
Pariser u. Wiener
Modellhüte
in
größter Auswahl.

Die Geburt einer gesunden und kräftigen Tochter zeigen statt besonderer Mittheilung hiermit ergebenst an den 19. März 1892. (829)
Danzig, den 19. März 1892.
G. Jürn und Frau
Johanna geb. Bischoff.

Die Verlobung meiner Tochter Räthe mit dem Kaufmann Herrn Salo Rosenthal aus Breslau beehre ich mich hierdurch ergebenst anzugeben.
Danzig, im März 1892.
Frau Amalie Gilberstein,
geb. Auerbach.

Räthe Gilberstein,
Salo Rosenthal,
Verlobte. 757
Danzig. Breslau.

Nach langem Leiden starb heute unsere liebe Mutter, Schwester, Großmutter und Tante die Witwe Johanna Emma Grohlech geb. Ehler im 80. Lebensjahr, betrauert von den Hinterbliebenen.
Danzig, den 18. März 1892.

Das Begräbnis findet Montag, Nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des St. Johannis-Kirchhofes statt. (802)

Heute Nachmittag 4 Uhr starb nach schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser alter Bruder, Onkel, Schwiegersohn und Schwager, der Fleischermeister Clemens Busse in seinem noch nicht vollendeten 30. Lebensjahr. Um fülliges Beileid bitten die Hinterbliebenen.
Danzig, 18. März 1892.

Naturforschende Gesellschaft.
Mittwoch, den 23. März cr.,
Abends 8 Uhr

Gitung
der

Anthropologischen Section.

Zugesordnung:
1) Ausgrabungen im Schlossauer Kreise und in Retha. (780)
2) Neue Erwerbungen der anthropologischen Sammlung.
3) Bericht über die Gräber und Wohngruben bei Dedenburg. Dr. Schlesinger.

Nach Memel und Lübeck
lädt hier

Dampfer „Dora“,
Capt. Premer,
am 21./22. März cr.

Güteranmeldungen auch in Durchtracht nach Lübeck via Memel erbeten (784)

F. G. Reinhold.
Loose zur Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M.
Loose zur Lotterie für die Feuerwehren Westpreußens a 1 M.
Loose zur Marienburger Schloßbau-Lotterie a 3 M.
Loose zur Freiburger Münsterbau-Lotterie a M.
Loose zur Stettiner Pferde-Lotterie a 1 M.

vorrätig bei

Th. Bertling.

Kochschule
Verein Frauenwohl
Vorst. Graben 62.

Der Unterricht für das nächste Quartal beginnt am 19. April. Da nur Mittagsunterricht in 2 Abtheilungen, einer ersten und einer zweiten, erteilt wird, sind Anmeldungen von Schülerinnen jetzt erwünscht. (17)

Wielerische Vorshule für

Augen,

heilige Geistgasse Nr. 58.
Anmeldungen neuer Schüler vor dem 1. April erbitte in den Nachmittagstunden von 3—5 Uhr. Danzig, im März 1892.

Elise Thiele,

Vorsteherin,

heilige Geistgasse 58. (242)

Bildungs-Anstalt

für

Kindergärtnerinnen

Poggenseh 11.

Der neue Kursus beginnt Freitag, den 1. April u. sind zu Auf. neuer Schülerin, tägl. in den Nachmittagsstunden, bereit die Vorsteherinnen

O. Milinowski u. A. Schäfer.

10000 Mark

werden gleich auf Wechsel gegen sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Vorst. Graben 19.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Ein gut möbl. Zimmer m. Pension ist zu vermieten.

Vorst. Graben 19.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

35—40000 Mk.

werden gleich auf Wechsel gegen

sichere Unterlage auf 1—2 Jahre gesucht. Adressen von Selbstdarleihern unter 686 in der Ex-

pedition dieser Zeitung erbeten.

Eine vollständ. selten schön sort.

Muschelsammlung

ist zu verkaufen. Zu erfragen Johannigasse 20. parterre.

Beilage zu Nr. 19421 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 19. März 1892.

Reichstag.

197. Sitzung vom 18. März.

Die dritte Berathung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz wird mit § 7a fortgesetzt.

Hierzu beantragen die Abg. Hirsch und Gutfleisch (freis.), daß an kleineren Orten, wo nur wenige Mitglieder einer freien Hilfskasse wohnen, diese das Recht haben soll, ihren Mitgliedern einen Erlass für die Kosten der ärztlichen Behandlung bis zur Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes (statt der ärztlichen Leistung in natura) zu gewähren.

Abg. Gutfleisch (freis.) erklärt, daß seine Partei wesentlich von der Annahme dieses Antrages ihre Zustimmung zu dem ganzen Gesetze abhängig machen werde, da sie bei Ablehnung des Antrages die Existenz der freien Hilfskassen bedroht sehe.

Abg. Goldschmidt (freis.) bittet ebenfalls dringend um Annahme des Antrages. Das Haus möge wenigstens bei den letzten Paragraphen noch etwas thun, das Gesetz populärer zu machen. Wie wenig die Regierung über die Stimmung in weiten Bevölkerungskreisen gegenüber dem Gesetz unterrichtet sei, beweise die Stellung der großen Verbände der Handlungspflichten, die entschieden gegen den Versicherungswang seien.

Abg. Hirte (Centr.) tritt für den Antrag ein, obwohl er bedauert, daß er so spät gestellt sei.

Die Abg. Möller (nat.-lib.) und v. d. Schulenburg (conf.) wenden sich gegen den Antrag, da dieser die freien Hilfskassen gegenüber den Zwangskassen in ungerechter Weise bevorzugen würde. Außerdem lasse sich die Tragweite des Antrages nicht übersehen.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) bekämpft ebenfalls den Antrag, da nach seiner Meinung die freien Hilfskassen nicht in das Gesetz gehören.

Abg. Ulrich (soc.): Der Antrag entbehrt einer besonderen Bedeutung, denn durch die gestirnten Beschlüsse ist das Schicksal der Hilfskassen bereits bestellt. Wir werden aber für den Antrag stimmen, um auch in diesem befehlenden Punkt Verschlechterungen abwenden zu helfen.

Geh.-Rath v. Wödke bittet um Ablehnung des Antrages, weil dieser zweierlei Kassen mit verschiedenen Leistungen schaffe. Wo soll man die Grenze finden, was „kleinere Orte“ seien? Uebrigens würde der Antrag den freien Hilfskassen nichts nützen, da die Aufsichtsbehörde Kassen, die solche Beschlüsse fassen würden, einfach für nicht leistungsfähig erklären und ihre Mitglieder zwingen würde, den Zwangskassen beizutreten.

In der Abstimmung wird der Antrag Hirsch-Gutfleisch mit den Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und des Goss des Centrums angenommen und mit dieser Aenderung der § 75 a. Gegen den Antrag stimmen mit der Rechten und den Nationalliberalen auch die Antisemiten und vom Centrum die Grafen Ballestrem, Drosté, Chamare, Galen, Matuschka, und die Herren v. Schalch und v. Huene.

Der Rest des Gesetzes wird mit unverbindlichen Aenderungen angenommen. Auf Antrag v. Strombeck erhält das Gesetz statt der bisherigen Bezeichnung: „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“ die Ueberschrift „Krankenversicherungsgesetz“.

Auf Antrag Gutfleisch u. Gen. tritt das Gesetz, so weit es sich um die zu seiner Ausführung erforderlichen Maßnahmen handelt, sofort, im übrigen mit dem 1. Januar 1893 in Kraft.

Auf Antrag Rößtke u. Gen. gelangt eine Resolution auf anderweitige Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne mit Inkrafttreten des Gesetzes, sowie auf periodische Veröffentlichung der festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne von Reichs wegen zur Annahme.

Das Haus geht über zu dem Bericht der Geschäftsausordnungs-Commission über die Frage, wer zur Erhebung einer Wahlanfechtung berechtigt sei. Sie empfiehlt folgenden Antrag: „Zur Erhebung einer Wahlanfechtung ist jeder zur Reichstagwahl Berechtigte berechtigt.“

Grüber, Spahn und Krebs (Centr.) schlagen vor: „Zur Erhebung einer Wahlanfechtung ist jeder Deutsche berechtigt.“

Abg. Grüber (Centr.) befürwortet diesen Antrag. Ein Übermaß von Wahlanfechtungen sei vor der Aufführung dieses Grundsatzes nicht zu befürchten. Warum sollte man allen passiv aber nicht aktiv Wahlberechtigten, also allen Angehörigen des Militärstandes, dieses Recht verweigern? Jeder im Volke habe ein Interesse, daß hier im Hause nur richtig gewählte Leute sitzen. Daß die Frauen nach seinem Antrage kein Wahlanfechtungsrecht haben sollen, verstehe sich von selbst.

Abg. Klemm (conf.) vertritt den Standpunkt der Commission. Die Wahlanfechtung sei nur ein Recht der Wähler, denn sie sei ein Correlat des Wahlrechts.

Abg. Traeger (freis.) tritt ebenfalls für die Commission ein. Wenn man aus der Verfassung bestimmt, daß die gewählten Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind, Schlüsse ziehen sollte, dann müsse man auch den Frauen ein Wahlanfechtungsrecht zugeschenken. Denn nach dieser Deduction hätte jede deutsche Frau dasselbe Recht auf jeden Abgeordneten (Seiterkett), wie jeder deutsche Mann. Die Wähler seien die berufenen Hüter und Schützer des Wahlrechts, dieses politische Recht entscheide auch über die streitige Frage.

Nachdem der Antrag Grüber gegen die Stimmen des Centrums und der Socialdemokraten abgelehnt ist, wird der Commissionssantrag angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. v. d. Osten (3. Stettin) wird auf Grund der erfolgten Erhebungen beschlossen, der zuständigen Staatsanwaltschaft von der Feststellung der ungeeigneten Verhaftung und Misshandlung von Wahlagitatoren Kenntniß zu geben und ihr zur Erwagung zu stellen, ob in Folge dessen gegen den Bürgermeister Podlas in Tiddischow und den Polizei-oberst Wolter dasselbst der Haftbefehl des § 340 des Strafgesetzbuches vorliegt.

Die Wahlen der Abg. Grumbt (8. Sachsen) und Baumgärtner (Gotha) sind von der Commission für gillig erklärt worden, obwohl bei beiden Wahlen eine unzulässige Wahlbeeinflussung durch die Kriegervereine festgestellt worden ist.

Abg. Hermes-Jauer (freis.) beantragt namens der Minorität der Commission die Ungültigkeit der Wahl Grumbt, weil die Beteiligung der Kriegervereine an der Wahl als ungeeignet erwiesen sei. Die Mitglieder der Kriegervereine im Wahlkreise seien über 4000 an der Zahl, die Majorität für Herrn Grumbt betrage aber nur etwa 200.

Abg. v. Hellmann (Reichsp.) erklärt die Agitation der Kriegervereine gegen die Wahl von Socialdemokraten für berechtigt. Sozialdemokraten gehörten nicht in die Kriegervereine. Der Aufruf des Vereinsbundes, der den Gegenstand des Angriffs bilde, sei eine hervorragende geistige Waffe im Kampf gegen die Sozialdemokratie gewesen und den Kriegervereinen gebühre dafür Dank. (Beispiel rechts.)

Abg. Auer (soc.): Wenn der Aufruf wirklich Missbilligung verdient, sofern er sich auch gegen eine bürgerliche Partei gewendet hatte, so müßten die Herren von der Reichspartei gegen die Gültigkeit der Wahl Grumbt stimmen. Denn die Beweise dafür, daß der Aufruf sich auch gegen den Kandidaten der Freisinnigen richtete, liegen vor. Soll uns gegenüber Alles erlaubt sein, jede Schranke der Ordnung und Gittlichkeit fallen, so würde doch auch uns erlaubt sein, Alles zu thun, was uns gefällt, ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz. In Sachsen werden auch die Freisinnigen an den Umsturzparteien gerechnet, das geht aus einem Erlass des Kriegsministeriums an die Vereine aus der Zeit kurz vor der Wahl deutlich hervor.

Abg. Baumbach-Altenburg (Reichsp.) betont, daß

die Kriegervereine politische Vereine seien. Das könnten sie schon nach ihren Statuten nicht sein. Sie agitieren auch gar nicht. Die Kriegervereine verwenden ihr Vermögen zu wohltätigen Einrichtungen, wie Waisenhäusern u. dgl. (Präsident v. Lebeck) ruft den Redner zur Sache). Eine politische Agitation hätten die Kriegervereine auch bei der Wahl des Abg. Grumbt nicht getrieben, sondern nur ihre Anschaufungen zum Ausdruck gebracht. Das müsse ihnen doch gestattet werden (Beispiel links.) Wolle man den Kriegervereinen verbieten, ihre politische Auffassung geltend zu machen, so möge man das Wahlrecht ändern.

Abg. Nickerl: Die Rede des Vorredners enthält wunderbare Widersprüche. Am Anfang erklärt er, die Kriegervereine agitieren nicht, das sei ihnen schon durch ihre Statuten nicht gestattet, und am Schlus erklärt er eine Agitation der Kriegervereine für durchaus zulässig. Entschieden protestire ich dagegen, daß der Vorredner diese Gelegenheit dazu benutzt, seinen Gefühlen gegen das Wahlrecht Ausdruck zu geben. Unserhörl aber ist es, daß Abg. v. Hellmann namens der Mehrheit des Hauses eine politische Agitation der Kriegervereine für zulässig erklärt. Wir wollen die Kriegervereine durchaus nicht beeinträchtigen, aber Übergriffe derselben müssen wir zurückweisen und die politische Wahlagitation ist ein Übergriff. Wenn Herr v. Hellmann glaubt, daß die Majorität des Hauses die politische Wahlagitation der Kriegervereine als berechtigt anerkennt, so frage ich: Ist denn die Centrumspartei, die nationalliberale Partei damit einverstanden? Sind Sie damit einverstanden, daß Herr v. Hellmann als Ihr Beauftragter sich geriert? Der verstorbene Abgeordnete Windhorst und hervorragende Nationalliberale sprachen sich oft in diesem Sinne aus; ich hoffe, daß diese Partei und das Centrum auch heute nicht der gegenseitigen Ansicht sein werden. Die Kriegervereine agitieren nicht bloß gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen Freisinnige, auch gegen das Centrum. Es ist erwiesen, daß der Aufruf, in welchem gegen die freisinnige Partei die schlimmsten Beschuldigungen ausgesprochen wurden, von den Kriegervereinen massenhaft verbreitet worden ist. Es ist notwendig, daß der Reichstag mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der von den Rechten ausgesprochenen Auffassung über die Rechte der Kriegervereine entgegentritt. Wenn Sie heute per majora beschließen, daß Sie die Wahlagitationen der Kriegervereine für berechtigt erklären, dann tragen Sie eine solche Erbitterung in weite Kreise des Volkes, dann zerstören Sie das Werk der Kriegervereine (Widerpruch rechts), dann werden die Sozialdemokraten dieseljenigen sein, die die Früchte davontragen. Das es mit Ihrer Politik in Sachen nicht sehr gut aussieht, davon haben Sie in den letzten Tagen einen Beweis erlebt. (Beispiel links.)

Abg. Schneider-Hamm (nat.-lib.): Ich bedaure, daß bei dieser Wahl die Kriegervereine als Helfer gegen die Freisinnigen angerufen worden sind. Ich glaube aber nicht, daß das Eintreten der Kriegervereine auf die Gültigkeit der Wahl einen Einfluß gehabt hat.

Abg. Frithen (Centr.): Das Centrum hält es in keiner Weise für wünschenswert, daß die Kriegervereine politisch treiben. Wir haben auch anerkannt, daß nach den Statuten dieser Vereine Wahlagitation zu treiben nicht als zulässig zu erachten ist. In der Frage aber, ob damit ein Einfluß auf das Wahlergebnis ausgeübt wird, ist das Centrum gescheitert.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Bebel (soc.): Nur der Umstand, daß das Centrum jetzt in dieser Frage getheilter Meinung ist, wird schuld daran sein, wenn die Commission heute im Hause eine Mehrheit findet. Das Centrum hat, wie in so manchem Anderen, auch in dieser Frage in neuerer Zeit es für angezeigt gehalten, alte Auffassungen aufzugeben. Wir haben zu protestiren gegen die Behauptungen der Herren v. Hellmann, Baumbach und Schneider, welche geradezu die Agitation der Kriegervereine für berechtigt erklären, wenn sie sich gegen uns richten. Der bloße Umstand, daß die Angehörigen der Kriegervereine in diesem Wahlkreise 4382 an der Zahl sind, genügt, die Stärke der Beeinflussung nadzumessen. Ich bin durchaus der Meinung, daß meine Parteigenossen in Kriegervereine nicht eintreten sollen. Aus diesem Gesichtspunkt aber haben wir um so mehr das Recht, zu verlangen, daß die Kriegervereine keine Agitation treiben dürfen.

Abg. Grüber (Centr.): Früher hat man hier von keiner Seite ein Recht der Kriegervereine auf Agitation anerkannt, das hat erst heute hr. v. Hellmann gethan. Wir billigen auch nicht die Agitation derselben gegen die Sozialdemokraten. Das Zusammengehen der Kriegervereine zum Zweck politischer Agitation ist nicht nur eine Statuten-, sondern eine Gesetzwidrigkeit. Ich werde für die Raffirung der Wahl stimmen.

Die Wahl wird mit geringer Mehrheit für gültig erklärt. Für die Ungültigkeit stimmt nur ein kleiner Theil des Centrums.

Nächste Sitzung: Gonnabend.

Danzig, 19. März.

11 [Turnerische Vorstellung.] Die Turnerei hat in den letzten Jahren in unserer Vaterstadt und besonders auch in ihrer näheren Umgebung einen erfreulichen Aufschwung genommen. Dem Beispiel Soppots, wo ein Verein Oktober 1890 in das Leben trat und jetzt mit über 100 Mitgliedern munter gedeih, folgte im letzten Herbst Langfuhr und kürzlich auch Neustadt, so daß der Turnkreis I., Nordosten, zu welchem die Provinzial-Öst- und Westpreußen und der Regierungsbezirk Bromberg gehören, mit besonderem Wohlgefallen auf seinen „Unter-Weichselgau“ blickt. Dem schon mehrfach rühmlich hervorgehobenen Danziger Turn- und Fechtverein fehlt nun leider zu seiner vollen Entfaltung die Hauptfäche: eine genügende Turnhalle. Deshalb verdient es Anerkennung, wenn der Verein die Sorge um eine neue Turnhalle unentwegt im Auge behalten hat und jede Gelegenheit benutzt, um den dafür angelegten Baufonds zu vermehren. Diesem Zwecke dient auch die heutige Wiederholung des Winterfestes im großen Schützenhaussaale, das diesmal auch für Damen zugänglich ist. Wer einmal die Leistungen der besten Kräfte des Vereins gesehen hat, weiß, daß ihm ein genussreicher Abend bevorsteht.

△ Neustadt, 18. März. In der heutigen Kreistagsitzung wurde beschlossen, ein allerhöchstes Privilegium auf Verleihung des Rechts für den Kreis Neustadt zur Erhebung von Chausseegeld auf den neu auszubauenden Kreischaussee Linien Neustadt-Schönwalde-Aölln und Schönwalde-Lebno nachzuführen; der Kreistag befäßt jedoch vor, über die Erhebung von Chausseegeld seinerzeit besonders Besluß zu fassen. Ferner beschloß der Kreistag bezüglich der Ablösung des jährlichen Beitrages zu den Unterhaltungskosten der im Kreise Danzig gelegenen Strecke der Aölln-Olivaer Kreischaussee seitens der Kreise Danziger Höhe und Niederung und Dirichau, die Rente, welche zur Unterhaltung der Chausseestrecke im Kreise Danziger Höhe mit jährlich 450 Mk. an den Kreis Neustadt gezahlt wird, mit dem 25fachen Betrage = 11250 Mk. unter den festgestellten Bedingungen abzulösen. Dergleichen wurden die nachgewiesenen Mehrausgaben resp. Ertalsüberschreitungen pro 1890/91 und 1891/92 mit zusammen 9655 Mk. und 158,40 Mk. nachdrücklich genehmigt. Als Kommissionsmitglieder und deren Stellvertreter zur Musterung der Mobilmachungspferde wurden die Herren v. Brauchitsch-Aölln, R. Hoffmann-Soppot, Döberlitz-Gödingen, Grünholz-Aölln, Rehberg-Hoppe, Görlitz-Gödingen, Böhmisch-Bärnitz-Soppot gewählt. Schließlich wurde als Kreis-Deputirter an Stelle des königlichen Sommerherrn v. Tellerowski-Barlomin, welcher dieses Amt niedergelegt hat, der

Majoratsherr, Referendar Graf v. Henzlerling-Schloss Neustadt einstimmig gewählt.

w. Elbing, 18. März. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erstattete Herr Oberbürgermeister Elbing den Berichtsbericht für das Jahr 1891/92. Von 41 108 Seelen wurden danach 23 720 zur Besteuerung herangezogen. Einkommenssteuer zahlten 639. Grundsteuer, 63 041 Mk. Lassensteuer, 44 141 Mk. Grundsteuer, 63 041 Mk. Gebäudesteuer und 39 500 Mk. Gewerbesteuer, 28 408 Mk. führte die Stadt an die Provinzial- und 41 300 Mk. zu Chausseebauten u. s. w. an die Kreissteuer ab. Die Finanzverwaltung ergab einen Überschuss von 20 000 Mk. Es ist ein Mehr aus den landwirtschaftlichen Zöllen und den Communalsteuern eingegangen. Indessen sind die Ausgaben überschritten: im Bauetnamlich durch die Herstellung von 4 neuen Thorflügeln an der Kraftschleuse um 20 000 Mk., im Staat für Kirchen und Schulen um 7600 Mk., im Armenstift um 5000 Mk. Auch nahm die Rämmerei-Verwaltung 9400 Mark weniger ein, als im Haushaltungsplan angesetzt war. Der Reinertrag aus den städtischen Forsten betrug 17.05 Mk. pro Hectar (gegen 12,30 Mk. im Vorjahr). Die Administrationsgrundstücke brachten 48 040 Mk. (gegen 49 850 Mk. im Vorjahr). An Pacht und Miete wurden vereinbart 11 323 (im Vorjahr 11 358) Mk. Das Gesamtvermögen der Sparkasse betrug am Schlus des Jahres 6 532 988 Mk. Die Handels- und Schiffahrtsgeschäfte waren 17 048 (gegen 18 630 Mk. im Vorjahr) ab. In den Edicauischen Fabriken waren 2529, in der Cigarrenfabrik von Loser u. Wolff 1340, in der Adolph G. Neufeldt'schen Blechwarenfabrik 571, in der Adolph G. Neufeldt'schen Blechwarenfabrik 305, der Fabrik für Leinenindustrie 447 Arbeiter beschäftigt. Das Armenthus und die milden Stiftungen ergaben der teuren Zeit wegen ein Deficit von 7568 Mk. Die städtischen Schulen wurden insgesamt von 6856 Schülern besucht. In der Fortbildungsschule, die nach einer neueren Verfügung des Ministers fortbildung, Fortbildungsschule heißen soll, ist die Schülerzahl durch Einführung des Drifstatuts von 891 auf 1208 gestiegen. — Weil die hiesige Laubstummenanstalt gegenwärtig nur von 9 Schülern besucht wird, hat der hiesige Magistrat um Aufnahme dieser 9 Jögglinge in die Laubstummenanstalten zu Marienburg und Schloss nachgefragt. Wenn in den leichteren Anstalten gegenwärtig auch nicht genügend Raum vorhanden ist, so beabsichtigt man doch, die hiesige Laubstummenanstalt über kurz oder lang eingehen zu lassen, weil dieselbe der Stadt nicht unerhebliche Kosten bereitet. — Die Zahl der Badegäste in Ahlberg ist 1891 um 248 gegen 1890 zurückgegangen. Die Action-Gesellschaft Seebad Ahlberg erzielte deshalb nur eine Renteinnahme von 3642 Mk. Eine Dividende kann nicht vertheilt werden. Die Gesellschaft wirtschaftet mit 191 000 Mk. Vermögen und 186 400 Mk. Schulden.

△ Lüchow, 18. März. Der gestern hier selbst stattgehabte Bier- und Krammarkt verlief außerordentlich still und trug das Gepräge der drückenden Zeitverhältnisse. Der Viehanhänger erfolgte nur spärlich und ließ das zum Verkaufe gestellte Material viel zu wünschen übrig; auch der Pferdeverkauf war flau und nicht zu vergleichen mit den sonstigen Märkten. Am besten gestaltete sich das Geschäft auf dem auch nur mäßig bejubelten Krammarkt. — Am 30. März findet hier selbst ein Kreistag statt, welcher sich außer mit der Feststellung des Kreishaushaltsetats vornehmlich mit dem Antrage des Herrn Dekonome Rath Aölln und Gen. beschäftigen wird, betreffend die Erbauung dreier neuer Chausseestrecken, und zwar: 1. einer Chaussee von Gr. Schleiwitz nach der Conitzer Kreisgrenze, im Laufe der alten Landstraße durch die kgl. Forst nach Lippow gehend, zum Anschluß an eine weiter in den Kreise Conitz zu erbauende Chaussee nach dem Bahnhof Ciersz; 2. einer Chaussee von Drausnitz bis an die Flatower Kreisgrenze bei Birkwitz zum Anschluß an eine im Flatower Kreise zu erbauende Chaussee vom Bahnhof Aölln nach Birkwitz; 3. einer Chaussee vom Bahnhof Aölln nach Waldau entweder über Gr. Altonia, Karczewo, Gostoczyn oder über Al. Altonia, Karmitz führend, zum Anschluß an eine im Flatower Kreise zu erbauende Chaussee vom Bahnhof Bempelburg über Gr. Lohburg, Waldau. Die Stimmung für diese Projekte ist geheilt und daher die Annahme derselben zweifelhaft.

Am Sonntag, den 20. März 1892, predigen in nachbenannten Kirchen:

(In den evangelischen Kirchen Collekte zum Besten für arme Theologie Studirende.)

St. Marien 8 Uhr Diaconus Dr. Weinlig. 10 Uhr Consistorialrat Frank. 5 Uhr Archidiaconus Berling. Beichte Morgens 9½ Uhr. Mittags 12 Uhr Kindergottesdienst in der Aula der Mittelschule (Heil. Geistgasse 111) Consistorialrat Frank. Donnerstag. Vormittags 9 Uhr Mochengottessdienst Diaconus Dr. Weinlig. Abends 6 Uhr Passionsstunde im Saale des Gewerbehauses (Heil. Geistgasse 82) Consistorialrat Frank.

Bethaus der Brüdergemeinde (Johanniskirche Nr. 18) Vormittags 11 Uhr Kindergottesdienst der St. Marien-Pfarre Diaconus Dr. Weinlig.

St. Johann. Vorm. 9½ Uhr Pastor Hoppe. Nachm. 2 Uhr Prediger Auerhammer. Beichte Sonntag Morgens 9 Uhr. Donnerstag. Nachm. 5 Uhr. Passionsandacht Prediger Auerhammer.

St. Katharinen. Vorm. 9½ Uhr Archidiaconus Blech. Nachm. 5 Uhr Pastor Östermeier. Beichte Morgens 9 Uhr. Freitag. Nachm. 5 Uhr. Passionsandacht Prediger Östermeier.

</div

